

II-6829 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3440 N

1992-07-15

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Haider, Böhacker und Kollegen, Apfelbeck, Mag. Bar-
müller, Meisinger

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend: Kürzung von Zusatzpensionen im Bereich der
verstaatlichten Industrie, speziell bei der
Firma Böhler

Im Zuge der Sanierungsversuche der Verstaatlichten Industrie wurden bei diversen Betrieben, darunter die Böhler Werke in Kapfenberg, Zusatzpensionen, die auf Jahrzehntelange betriebsinterne Vereinbahrungen gestützt waren, gestrichen bzw. durch eine Einmalzahlung in vergleichsweise sehr geringer Höhe abgefunden.

Dies stellte damals ein Sparen auf Kosten der Schwächsten dar, was besonders im Hinblick auf unveränderte Managerverträge als außerordentliche Ungerechtigkeit empfunden wurde und wird.

Aus diesem Grund wurde seinerzeit von Regierungsseite die Überprüfung der Sachlage in einem Gutachten (Vranitzky 1988) versprochen, die Betroffenen haben aber bis heute nichts von diesbezüglichen Ergebnissen erfahren.

Darüberhinaus ist festzuhalten, daß laut einem höchstgerichtlichen Erkenntnis derartige Eingriffe in Verträge nur bei existenzieller Gefährdung des Betriebs durch die einzusparenden Zahlungen zulässig sind, eine Aufrechterhaltung der Kürzung stellt daher implizit einen Widerspruch zu der Behauptung der verantwortlichen Minister dar, die Sanierung der fraglichen Betriebe sei gelungen.

106/böhlpens.hai

Es ist den Anfragstellern bewußt, daß diese Problematik aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Konstruktion des Verstaatlichtensektors bei strenger Auslegung des in der Bundesverfassung beziehungsweise der Geschäftsordnung des Nationalrates vorgesehenen Interpellationsrechtes der Abgeordneten an einen Minister diesem nur bedingt unterliegt.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß der Steuerzahler bis heute für die Rückzahlung der seinerzeit gewährten Kredite zur Rettung der damaligen ÖIAG-Betriebe aufkommen muß, stehen die Anfragsteller auf dem Standpunkt, daß es den Abgeordneten möglich sein muß, den Ressortminister auch über Probleme in der AI über seine Funktion als Eigentümergevertreter hinausgehend zu befragen und entsprechend korrekte und vollständige Antworten zu bekommen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

Anfrage:

1. In welchen Betrieben der verstaatlichten Industrie wurden im Zuge der Sanierungsbemühungen Pensionskürzungen bei den Mitarbeitern in jeweils welchem Ausmaß vorgenommen?
2. Welche Einsparungen ergaben sich infolge der Pensionskürzungen insgesamt, welche konkret beim Werk Böhler-Kapfenberg?
3. Ist das seinerzeit von Kanzler Vranitzky über die Frage der Pensionskürzungen in Aussicht gestellte Gutachten bereits fertiggestellt?

106/böhlpens.ha1

- 3 a. Wenn ja, was ist sein Inhalt, wann werden sie dieses im vollen Wortlaut veröffentlichen und welche Konsequenzen wurden daraus bisher gezogen?
- 3 b. Wenn nein, warum nicht?
4. Sind Sie bereit, sich im Hinblick auf die von Ihnen bzw. Ihrem Vorgänger behauptete Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der AI-Betriebe für eine Rücknahme der seinerzeitigen Pensionskürzungen zu verwenden?
- 4 a. Wenn nein, warum nicht?